

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plavvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 277

Samstag, den 26. November 1927

101. Jahrgang

Der Reichshaushaltsplan 1928

Dr. Köhler über den neuen Etat

U. Berlin, 26. Nov. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichsfinanzminister Dr. Köhler ausführlich zu dem Reichsetat für 1928. Der Minister wies einleitend darauf hin, daß bei der Aufstellung des Etats größter Wert auf Klarheit und Durchsichtigkeit sowie auf die Möglichkeit der Vergleichung gelegt worden sei. Die materielle Etatsgestaltung hätte unter dem festen Willen gestanden, unter keinen Umständen einen Defizitetat aufzustellen. Das sei auch erreicht worden. Drei wesentliche Merkmale zeige der neue Etat. 1. Schlichte der Gesamtheit ohne Fehlbetrag ab; 2. sei keine neue Anleiheermächtigung für das Rechnungsjahr 1928 vorgesehen und 3. zeige er den festen Willen, die Anleiheermächtigungen der Jahre 1926 und 1927 zu ermäßigen. Vor allem seien die Verwaltungsausgaben in einem Maße gedrosselt worden, das bis an die Grenze der Aufrechterhaltung der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung gehe.

Bei einer Zusammenfassung der ordentlichen und außerordentlichen Ansätze ergebe der Gesamtstatus für 1928 gegenüber 1927 einen Mehrbedarf, der noch nicht einmal die volle Höhe des zwangsläufigen Mehrbedarfs für die Reparationsleistungen erreichte, trotzdem das neue Besoldungs- und Liquidationsschädengesetz in den Etat mit eingerechnet seien. Der Minister gab dann eingehendes Zahlenmaterial. Darnach schließt der Gesamthaushalt für 1928 gegenüber dem von 1927 von 9135 Millionen mit 9502 Millionen ab. Zum Schluß erklärte der Minister, daß es ihm darauf angekommen sei, keinen fristerten oder irgendwie verschleierten Etat aufzustellen. Der Reichsetat 1928 sei jedenfalls gesund, wenn er auch keinerlei nennenswerte Reserven enthalte.

Die Konferenz für Verwaltungsreform

U. Berlin, 26. Nov. Amlich wird bekanntgegeben: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 25. November mit dem Problem des Verhältnisses zwischen

Reich und Ländern. Es beschloß, der in der zweiten Januarwoche stattfindenden Konferenz von Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder folgende Fragen zu unterbreiten:

1. Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern;
2. Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Wirtschaft;
3. Verwaltungsreform in Reich und Ländern.

Der Reichsstädtebund gegen die Angriffe auf die Finanzpolitik der Gemeinden

U. Berlin, 26. Nov. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hat folgende einstimmige Entschliebung gefaßt:

Es ist unverantwortlich, daß in der Öffentlichkeit auch von amtlichen Stellen wiederholt Vorwürfe gegen die Ausgaben- und Anleihenwirtschaft der Gemeinden im allgemeinen erhoben werden, die geeignet sind, die Finanzwirtschaft aller Gemeinden im Inlande und Auslande in Mißkredit zu bringen. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes weist im Namen der von ihm vertretenen mittleren und kleinen deutschen Städte derartige verallgemeinernde Vorwürfe als völlig unberechtigt zurück. Diese Städte, denen die Mittel zu vielen notwendigen Ausgaben fehlen, haben bereits seit längerer Zeit ihre Ausgaben auf das Neueste eingeschränkt und sind an den Auslandsanleihen nur bei den Sammelanleihen der Girozentrale mit geringen Anleihen beteiligt. Daß diese Anleihen ausschließlich für produktive Zwecke bestimmt waren, ist durch die Genehmigung der Beratungsstelle, welcher auch der Herr Reichsbankpräsident angehört, ausdrücklich anerkannt. Glauben amtliche oder sonstige Stellen etwaige Einzelvorkommnisse öffentlich beanstanden zu müssen, so erwartet der Reichsstädtebund, daß künftig loyalerweise diese Einzelfälle genannt und nicht unzulässig verallgemeinert werden, was für die Gesamtheit der Gemeinden unerträglich ist.

Umsturzgefahr in Litauen

Rußland und die polnischen Umtriebe in Wilna

U. Kowno, 26. Nov. In hiesigen Regierungskreisen herrscht wegen der polnischen Wilna-Konferenz größte Aufregung. Man erwartet, daß die Wilnaer Emigranten unter polnischer Hilfe eine eigene litauische Regierung schaffen wollen, die in Konkurrenz zu Kowno treten solle. Wolde-maras hat sich mit den obersten militärischen Stellen über vorbereitende Schutzmaßnahmen gegen einen Einfall beraten. In der vergangenen Nacht wurden in Kowno Proklamationen verbreitet, die in Wilna gedruckt worden sind. In den Anrufen wird zum bewaffneten Aufstand gegen das Wolde-marasregime aufgefordert.

Der Pilsudski-freundliche „Kurjer Czerwony“ läßt sich aus Wilna berichten, daß dort im Zusammenhang mit dem Besuch des Marschalls Pilsudski die wildesten Gerüchte im Umlauf wären. Gewisse Politiker aus Kowno, u. a. der frühere litauische Sejmabgeordnete Plestaltis, seien in Wilna gesehen worden, um Verhandlungen mit dem Marschall aufzunehmen. Weiter heißt es in der Meldung, daß sich in Wilna eine Wolde-maras-freundliche Volksregierung bilden soll, die demnächst ihre Arbeit aufnehmen werde.

Eine Note der Sowjetregierung an Warschau.

U. Warschau, 26. Nov. Der Sowjetvertreter in Warschau überreichte der polnischen Regierung eine Note zum polnisch-litauischen Konflikt. In der Note macht die Sowjetregierung auf das russisch-polnische Vertragsverhältnis aufmerksam und auf die Gefahr für den Frieden, wenn Litauen seine Selbständigkeit einbüßen sollte. Eine zweite russische Note zu dem gleichen Thema ist in Kowno überreicht worden.

Besprechung Litwinows mit dem Reichsaußenminister

U. Berlin, 26. Nov. Der stellv. Volkskommissar der Sowjetregierung, Litwinow, hat gestern mittag dem Außen-

minister einen Besuch gemacht. Hierbei sind laufende politische Tagesfragen besprochen worden. Neben der Abrüstungsfrage, die den Zweck der Reise Litwinows bildet, kamen auch andere, die beiden Ländern interessierende Fragen, insbesondere die Frage der litauisch-polnischen Beziehungen zur Erörterung.

Litwinow gab dem Reichsaußenminister Kenntnis von der gestern in Warschau überreichten Note der Sowjetregierung, in der diese ihre Besorgnis über die litauisch-polnische Spannung und über die sich daraus ergebenden Gefahren Ausdruck gegeben habe. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß es im allgemeinen Interesse dringend erwünscht ist, jede Störung der friedlichen Entwicklung zu vermeiden.

Zu der gestrigen Unterredung zwischen Außenminister Dr. Stresemann und dem stellv. Volkskommissar der Sowjetregierung, Litwinow, schreibt die dem Reichsaußenminister nahestehende „Tägl. Rundschau“: „Es war bereits im Laufe des gestrigen Tages bekannt geworden, daß die russische Regierung eine Note nach Warschau gerichtet hat, in der sie ihre Besorgnis über die Entwicklung in Polen und Litauen zum Ausdruck bringt. Es kann deshalb nicht verwundern, daß Herr Litwinow anlässlich seines Besuches bei dem Reichsaußenminister eine Abschrift dieser Note überreicht hat und dabei das Gespräch auf die polnisch-litauischen Beziehungen brachte, die bekanntlich in Genf Gegenstand der Verhandlungen des Völkerbundsrats sein sollen. Man befürchtet anscheinend in russischen Kreisen, daß durch ein Vorgehen der litauischen Emigranten unter Duldung oder unter Stützung der polnischen Regierung ein fait accompli in Litauen geschaffen werden solle, das unter Begründung einer neuen Regierung eine Art Union zwischen Litauen und Polen herstellt. Hauptsächlich erweisen sich diese Besorgnisse als unberechtigt.“

Die Spannung zwischen Polen und Litauen ist übrigens nicht nur Gegenstand der Beratungen im russischen Kabinett gewesen, sondern hat seit Monaten auch die Kabinette anderer Länder bewegt. Deutschlands Stellung in diesen

Tages-Spiegel

Reichsfinanzminister Köhler machte Angaben über die Grundzüge des Reichsetats für 1928.

Im gestrigen Kabinettsrat wurde die Länderkonferenz im kommenden Januar behandelt.

Im Reichstag hat Arbeitsminister Dr. Brauns den Entwurf zur Krankenversicherung der Seelente eingebracht.

Der stellv. russische Außenminister Litwinow hatte gestern eine Besprechung mit Dr. Stresemann.

Durch das polnische Räntespiel in Wilna droht der litauischen Regierung erhebliche Gefahr. Man befürchtet einen Umsturz in Litauen.

Die Sowjetregierung hat in einer Note Polen auf die Gefährdung des Friedens durch die litauisch-polnische Spannung hingewiesen.

Das Unterhaus hat die Entschliebung der Arbeiterpartei, die die politischen Richtlinien der Regierung in Fragen der Abrüstung und des allgemeinen Friedens bemängelt, abgelehnt.

In einem nordamerikanischen Gefängnis haben sich meuternde Strafgefangene verschanzt und den aufgebotenen Truppen ein Feuergefecht geliefert.

Fragen ist gegeben. Deutschland ist nicht Parteigänger der litauischen Regierung, mit der es selbst in bezug auf memelländische Fragen wiederholt in Fehde gestanden, ja sich sogar gezwungen gesehen hat, den Völkerbundsrat zur Erledigung dieser Fragen anzurufen. Auch diese Verhandlungen im Völkerbundsrat haben Wolde-maras nicht veranlaßt, seine gegen Deutschland gerichtete Politik im Memelland einzustellen, wie die Ausweisung deutscher Redakteure und manche Vorgänge der letzten Zeit beweisen.

Für alle Fragen, die zwischen Litauen und Polen auf dem Gebiete des Schulwesens oder auf dem Gebiete des noch bestehenden Kriegszustandes vorhanden sind, gibt es für Deutschland, wie in dem Komunique über die Unterredung Litwinows und Stresemanns zum Ausdruck kommt, nur das allgemeine Interesse der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zueinander. Dieser Aufgabe wird sich Deutschland widmen, von der Ueberzeugung ausgehend, daß jede Beseitigung einer der Frieden in Europa gefährdenden Spannung eine Aufgabe ist, der sich die im Völkerbundsrat maßgebenden Mächte einmütig widmen sollten. Daß Sowjetrußland auf demselben Standpunkt steht, ist als eine Verstärkung dieser Einmütigkeit zu buchen. Wenn sich Litauen entschloße, auch seinerseits einen Schritt zu tun, um die vollkommene Sperrung der Grenze, die jetzt zwischen Polen und Litauen besteht, einer Neuregelung zuzuführen, so würde dies die Aussichten auf eine friedliche Regelung sicher verstärken. Wenn aber selbst im Augenblick eine Erleichterung der Spannung nicht erfolgt, so würde das niemand ein Recht geben, die Souveränität Litauens anzutasten, deren Aufrechterhaltung in jeder Beziehung im Interesse des europäischen Friedens geboten ist.“

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Jakowski über den Stand der Verhandlungen.
U. Warschau, 26. Nov. Direktor Jakowski erklärte den Vertretern der Presse über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen folgendes: Die schwierigen Fragen bei den Handelsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen seien das Niederlassungsrecht und die Einfuhr polnischer Kohle und landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland. Wie wichtig diese Fragen seien, hätten die seinerzeitigen Gespräche zwischen den Ministern Stresemann und Jaleski gezeigt und neuerlich die Ernennung des Ministers Hermes zum Führer der deutschen Delegation und des Ministers Swarowski zum Führer der polnischen Delegation. Die Vorarbeiten seien aber bereits soweit gediehen, daß ein baldiger günstiger Abschluß der Verhandlungen zu erwarten sei.

Der deutsch-polnische Wanderarbeitervertrag unterzeichnet.
U. Berlin, 26. Nov. Wie der Vorwärts aus Warschau meldet, ist in Warschau der deutsch-polnische Vertrag über die Wanderarbeiter von dem polnischen Delegierten Dr. Pradzynski und dem deutschen Gesandten Rauscher unterzeichnet worden.

Abrüstung und Sicherheit

Eine Debatte im englischen Unterhaus

U. London, 25. Nov. Der Friedens- und Abrüstungsdebatte im Unterhaus lag ein Antrag der Arbeiterpartei zu Grunde, der den militärischen Charakter der britischen Delegation zu der Genfer Flottenabrüstungskonferenz und die mangelnde Bereitwilligkeit der britischen Regierung für die Sicherung des Friedens bedauert sowie die Ausarbeitung eines umfassenden Themas für die Sicherung des internationalen Friedens fordert.

Zur Begründung der arbeiterteilischen Entschlüsselung führte Macdonald aus, daß Großbritannien durch seinen Friedensvertrag, den es im Jahre 1919 unterzeichnete, sich verpflichtet habe, für Frieden und Abrüstung zu arbeiten. Das Unterhaus richte an die Regierung die Aufforderung, den unzweideutigen Willen des Landes zu respektieren und so schnell als möglich für die allgemeine Durchführung von Abrüstung, Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Sicherheit zu sorgen. Unter Bezugnahme auf die von der Völkerbundsversammlung angenommene Entschlüsselung gegen einen Angriffskrieg richtete Macdonald an den Außenminister das Ersuchen, diesen Begriff zu definieren. So viel ihm bekannt sei, sei es die Absicht der Verfasser der Genfer Entschlüsselung gewesen, den Krieg als ein internationales Verbrechen zu erklären und in Artikel 16 des Völkerbundsstatuts entsprechend zu ergänzen. An den Außenminister müsse die Frage gerichtet werden, ob er mit der Bezeichnung des Angriffskrieges als ein internationales Verbrechen seine Meinung über den „Angriff“ ausdrücken wolle oder ob diese Worte nur als eine Phrase benutzt worden seien, um die Schwierigkeiten im Völkerbundsrat zu überwinden und die Welt glauben zu machen, daß irgend etwas getan werde. Unter Bezugnahme auf die Flottenabrüstungskonferenz in Genf gab Macdonald dem Bedauern darüber Ausdruck, daß weder die amerikanische noch die britische Delegation mit offenen Karten spielte. Jedes Uebereinkommen mit Amerika sei besser als kein Abkommen über die Flottenrüstungen. Die Genfer Flottenkonferenz sei in Wirklichkeit nicht eine Zusammenkunft zur Besprechung der Möglichkeit für die Abrüstung gewesen, sondern eine Versammlung zur Definierung der Rüstungen. Macdonald richtete an den Außenminister sodann die Frage, ob er einen Weg gefunden habe, um die Abrüstungsfrage und die Friedenspolitik zu fördern. Die Redewendungen des Außenministers auf der letzten Völkerbundstagung über den bevorzugten Platz des britischen Imperiums seien sehr unglücklich gewesen. Der Außenminister habe das britische Imperium in Gegensatz zu dem Völkerbund gestellt. Das sei ein großer Fehler gewesen. Die Sicherung des Friedens sei vielleicht mit der Uebernahme neuer Risiken verbunden, aber der Außenminister selbst sei diesen Weg gegangen, als er den Locarnovertrag unterzeichnete. Alle Risiken im Zusammenhang mit der Sicherung des Friedens und der allgemeinen Abrüstung, so groß sie sich vielleicht auf dem Papier ausnehmen, würden praktisch bedeutungslos sein, in dem Augenblick, in dem ein System der Friedenssicherung erreicht sei. Bevor aber Großbritannien vor den internationalen Gerichtshof gehe, oder an einer internationalen Versammlung teilnehme, sollte es sich Gewißheit darüber verschaffen, was das britische Imperium als Ganzes zu tun bereit sei.

Chamberlain gab in seiner Erwiderung zunächst einen Ueberblick über die Gründe, die Lord Cecil zum Austritt aus der Regierung veranlaßten. Was die Kritik wegen der ungenügenden Vorbereitung der Seeabrüstungskonferenz anbelange, so sei kein Zweifel, daß Großbritannien die Vorschläge auf der Genfer Konferenz mit größter Sorgfalt geprüft und nicht unterlassen habe, um zu einem Abkommen zu gelangen. Der Fehler liege nicht in unzureichender Behandlung der in Genf auftauchenden Fragen, sondern in der ungenügenden Vorbereitung der ganzen Konferenz auf diplomatischem Wege. Er glaube, daß diese Konferenz eine nützliche Lehre dafür sei, daß diplomatische Vorbereitungen höchst erwünscht seien, bevor eine Konferenz zusammentrete. Die von Macdonald vertretene Auffassung, daß meine Erklärungen auf der letzten Völkerbundsversammlung nicht in Uebereinstimmung ständen mit gewissen Entschlüsselungen, deren Annahme Großbritannien aufgezwungen worden sei,

sei ein Irrtum. Er glaube nicht, daß die Zeit bereits gekommen sei, das Völkerbundsstatut durch die Entschlüsselung, die jeden Krieg als ein Verbrechen erklärt, zu erweitern. Er glaube vielmehr, daß die Psychologie der Völker sich ändern müsse, bevor der Völkerbundsstatut geändert werden könne. Der Aufforderung Macdonalds, den Begriff „Angriffskrieg“ zu definieren, könne er nicht nachkommen, er glaube auch, daß der Völkerbund einen großen Fehler machen würde, wenn er den Versuch machen sollte, diesen Begriff zu definieren. Es werde für den Völkerbund wahrscheinlich nicht unmöglich und wie er hoffe, nicht einmal schwierig sein, in einem akuten Streitfall den Angreifer zu bezeichnen. Wenn der Völkerbund aber bestimmte Regeln aufstellen wolle, dann würde er nach Ausbruch von Feindseligkeiten wahrscheinlich feststellen müssen, daß der Angreifer nichts unterlassen habe, um nicht gegen diese Völkerbundsbestimmungen zu verstoßen. Er habe eine Reihe von Gründen angeführt, warum die gegenwärtige Regierung die Unterzeichnung der zwangsweisen Schiedsgerichtsklausel im Völkerbundsstatut nicht vornehmen könne, aber gleichzeitig betont, daß er der letzte sei, der die Ansicht vertritt, daß diese Haltung notwendigerweise die Auffassung der britischen Regierung für alle Zeiten sei. Die Entscheidung der britischen Regierung gehe in Wirklichkeit auf den Beschluß der Reichskonferenz zurück, die die Annahme der zwangsweisen Schiedsgerichtsklausel als verfrüht bezeichnet habe. Großbritannien würde Vorbehalte zu machen haben hinsichtlich aller auf die Beziehungen innerhalb des britischen Imperiums bezüglichen Fragen. Unter diesen Umständen müsse man sich fragen, welchen Beitrag Großbritannien zur allgemeinen Sicherheit leiste oder ob es den Schiedsgerichtsgedanken fördere, wenn es die Unterzeichnung mit solchen Vorbehalten annehme. Wenn die Regierung nicht bereit sei, Verpflichtungen einzugehen, die gewisse gefeggeberische Maßnahmen in den Parlamenten des Imperiums notwendig machten, so bedeute das aber nicht, daß sie nicht bereit sei, in vollkommenstem Ausmaße die Schiedsgerichtsbarkeit für die Regelung von Konflikten heranzuziehen. Chamberlain wies weiter darauf hin, was Großbritannien bereits für die allgemeine Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit getan habe und betonte, Großbritannien habe seinen Glauben an die Schiedsgerichtsbarkeit in der Vergangenheit bewiesen und es werde mit dieser Praxis in der Zukunft fortfahren.

Im weiteren Verlauf seiner Rede im Unterhaus bedauerte Chamberlain, daß Macdonald nicht gesagt habe, wie weit er das Genfer Protokoll mit neuen Verpflichtungen für Großbritannien anzunehmen bereit sei und wie er diese Verpflichtungen halten wolle.

Lloyd George lehnte die Darlegungen des Außenministers zur Frage der Abrüstung als ungenügend ab und bezog sich auf eine Note der Alliierten an Deutschland, in der betont worden sei, daß die deutsche Abrüstung den ersten Schritt für die allgemeine Beschränkung der Rüstungen sei. Das sei ein endgültiges Versprechen gewesen, zu dessen Einlösung die beteiligten Regierungen verpflichtet seien.

Lord Cushead über Englands Abrüstung.

U. London, 25. Nov. Lord Cushead hielt in seinem früheren Wahlkreis in Canterbury eine Rede, in der er die Ausgaben für die Verteidigungszwecke in den Vordergrund stellte. Lord Cushead betonte, daß von 832 Millionen Pfund jährlicher Ausgaben nur etwa 50 Millionen Pfund auf die nationale Verteidigung entfielen. England müsse sich fragen, ob diese Ausgabe zu hoch sei. Er selbst stehe nicht an, zu erklären, daß eine weitere Verminderung der Rüstungsausgaben nach Auffassung vieler Kreise die notwendige Sicherheit gefährden würde. Großbritannien habe in der Tat der Welt ein führendes Beispiel in dieser Hinsicht gegeben. Auf der Genfer Konferenz in der nächsten Woche werde er als britischer Delegierter beweisen, daß Großbritannien keinen heiseren Rausch habe als einen Krieg in der Zukunft zu vermeiden. Auf der anderen Seite aber müsse man sich vergegenwärtigen, daß ein auswärtiger Druck in dieser Angelegenheit nicht möglich sei und daß er als britischer Minister nicht einen Zentimeter hinter das zurückgehen könne, was für die Sicherheit und das Gedeihen Großbritanniens notwendig sei.

samtretenden Kommission die Gesamtheit des Abrüstungsproblems zu unterbreiten, hierauf zurückzuführen. Außerdem will man in dem Berliner Besuch Litwinows das Bestreben sehen, eine Verständigung der beiden Länder über die litauische Frage herbeizuführen und eine polnisch-litauische Verständigung zu hintertreiben, die besonders Rußland befürchtet.

Es scheint darnach, daß der Brief des Grafen Bernstorff an den Präsidenten der vorbereitenden Abrüstungskommission in Pariser politischen Kreisen einiges Unbehagen ausgelöst hat.

Der ungarisch-rumänische Optantenkonflikt

Ungarn lehnt die Vorschläge des Völkerbundes ab. U. Genf, 25. Nov. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat von dem ständigen Delegierten Ungarns beim Völkerbund, Baranai ein Schreiben erhalten, in dem dieser im Auftrage seiner Regierung dem Generalsekretär zur

Kenntnis bringt, daß die ungarische Regierung sich nicht in der Lage sehe, die vom Völkerbundsrat als Grundlage für eine Einigung mit der rumänischen Regierung in der Optantenfrage vorgeschlagenen Grundzüge anzuerkennen. Die ungarische Regierung werde in der nächsten Woche eine ins Einzelne gehende Begründung ihres Standpunktes dem Völkerbundsrat übermitteln. Um jedoch eine Einigung auf einer anderen Grundlage zu ermöglichen, habe die ungarische Regierung in dieser Frage der rumänischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, der auf eine praktische Lösung des Streitfalles hinzielt.

Zu der Vorgeschichte des rumänisch-ungarischen Optantenstreits ist zu bemerken, daß die letzten Völkerbundsentschlüsselungen zur Beilegung des Streits dahin gehen, die rumänische und die ungarische Regierung sollten noch einmal die Sachlage prüfen und sodann der Dezembertagung des Völkerbundsrates ihre Stellungnahme mitteilen. Die Ablehnung dieser Vorschläge gehe darauf hinaus, daß Ungarn nach wie vor die sofortige Entscheidung des Streitfalles seitens des im Friedensvertrags von Trianon vorgesehenen rumänisch-ungarischen Schiedsgerichts verlangt. Rumänien hatte aber seinen Vertreter aus diesem Gerichtshof zurückgezogen, da es der Ansicht ist, daß dieser im Optantenkonflikt nicht zuständig ist.

Reparationschwindel

U. Landau i. d. Pf., 25. Nov. Ein großer Reparationschwindel, der sich über die Pfalz, Baden und Württemberg erstreckt, und dessen Ausmaße noch nicht zu übersehen sind, wird soeben bekannt. Auf eine Zeitungsmeldung, daß ein französischer Kaufmann drei südpfälzische Baunternehmer um einen Betrag von mehreren 1000 M geschädigt habe, indem er Aufträge auf Holzhäuserbauten im Innern Frankreichs verschwinden ließ, meldeten sich vier weitere süddeutsche Baunternehmer, die durch den Schwindel um höhere Beträge geschädigt worden sind. Es handelt sich nicht um einen französischen Kaufmann, sondern um einen in Heidelberg wohnenden Deutschen namens Franz Philipp, der lange Zeit in Frankreich lebte und durch sicheres Aufreten und Vorlage von amtlichen Dokumenten den Firmen glaubhaft zu machen verstand, daß es sich um Lieferungen auf Reparationskonto nach Frankreich handele. Den Baunternehmern legte er einen Lieferungsplan über 1200 Holzhäuser im Werte von je 8000 M vor, die angeblich in der Nähe von Paris erstellt werden sollten. Wahrscheinlich sind noch weitere Firmen auf den Schwindel hereingefallen.

Zwei-Milliarden-Schiebung des lothringischen Industriellen de Wendel?

U. Paris, 25. Nov. Wie das Pariser Mittagsblatt „Le Rameur“ feststellt, wurde der zuständigen Kommission der Kammer ein Bericht des Staatsanwaltes beim Pariser Appellationsgerichtshof unterbreitet, wonach unter Mithilfe eines für die Sequestrierung der Saargruben bestellten Beamten der lothringische Industrielle de Wendel den französischen Staat um 2 Milliarden hintergangen habe. Poincare sei aber für Niederschlagung der Angelegenheit eingetreten, da eine Klausel des Versailler Vertrages bestimme, daß jede Mehreinnahme aus den Saargruben von den deutschen Reparationsleistungen an Frankreich in Abzug gebracht werden müsse. Man muß dem Pariser Mittagsblatt die Verantwortung für diese Meldung überlassen.

Protestkundgebung der Liquidationsgeschädigten

Der Finanzierungsplan für das Liquidationsgeschädigengesetz dem Reichsrat zugegangen.

U. Berlin, 25. Nov. In einer stürmisch verlaufenen Kundgebung der Liquidationsgeschädigten gegen die Verschleppung der Verabschiedung des Liquidationsgeschädigengesetzes teilte der Vorsitzende des deutschen Ostbundes, Geheimrat von Tilly, mit, daß nach Mitteilung des Finanzministers der vom Reichswirtschaftsrat und Reichsrat geforderte Finanzierungsplan für das Liquidationsgeschädigengesetz am Mittwoch dem Reichsrat zugegangen ist.

Von der Versammlung wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der gefordert wird, daß die Vorlage unumkehrbar unverzüglich dem Reichstag zugeleitet werde, daß der Reichstag die maßvollen Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der Interessenvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden berücksichtige und daß bei einer vorzeitigen Auflösung des Reichstages das Kriegsschädigengesetz unter allen Umständen vorher verabschiedet werde.

Litwinow in Berlin

Litwinows Besuch bei Stresemann.

U. Berlin, 25. Nov. Der stellvertretende russische Außenminister Litwinow wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Vormittags dem deutschen Außenminister einen Höflichkeitsbesuch abstatten. Eine besondere politische Bedeutung wird diesem Besuch nicht beigemessen, da es sich lediglich um die Erfüllung einer diplomatischen Aufnahmepflicht handelt.

Unbehagen in Paris.

U. Paris, 25. Nov. In Pariser politischen Kreisen mißt man dem Berliner Aufenthalt Litwinows, der bekanntlich an den Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission teilnimmt, große Bedeutung bei. Man geht sogar so weit, von einer deutsch-russischen Einheitsfront in der Abrüstungsfrage zu sprechen und die Förderung des Grafen Bernstorff, der am 30. November au-

Vom 19. November bis 3. Dezember veranstalten wir einen **Weihnachtsvorverkauf** u. gewähren auf sämtliche

Mantel-, Kleider-, Seidenstoffe, Samte und Weißwaren

bis zu

20% Rabatt

Benützen Sie die Gelegenheit zu billig. Weihnachtsgeschenken

Stoffhaus L. & E. Müller Pforzheim
Blumenstraße Nr. 28 Zerronnenstraße Nr. 6
im Hause Metzgerer Zügel neben Ufatheater



SINGER

NÄHMASCHINEN



Erleichterte
Zahlungs-
bedingungen

Singer
Läden
überall

Geschäftseröffnung und -Empfehlung

Unseren geschätzten Kunden, sowie einer verehrl. Einwohnerschaft von Calw und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß wir am **Montag, 28. Nov., Calw, Lederstr. 119** veranlaßt durch vielseitig geäußerte Wünsche in

im Hause des Herrn **Schlossermstr. Lebzelter** eine

Filiale der Singer Nähmaschinen A.G. eröffnen

Pforzheim, Westliche Nr. 58 Leopoldsplatz

Um unserer werten Kundschaft, sowie einer verehrl. Einwohnerschaft von Calw und Umgebung in jeder Hinsicht dienen zu können, führen wir daselbst, außer unseren bewährten Nähmaschinen sämtliche erforderlichen **Ersatzteile**, sowie **Nadeln, Garne, Oele** usw. zu äußerst billigen Preisen und bitten die verehrl. Einwohnerschaft, uns ihr Wohlwollen entgegenzubringen

Singer Nähmaschinen-A. G. Filiale Calw, Lederstraße 119

Leonberger

Schuhfabrik & Schuhmacher

liefert
die Besten!

Wer gut und preiswert
kaufen will,
besuche die
Niederlage

Fr. Schaufelberger,
Calw
Unt. Marktstraße 84.



Nach Krankheiten

Währbier

das
altbewährte

ärztlich empfohlen - überall erhältlich
Rein aus Malz und Hopfen, ohne Zuckerzusatz
Alleinige Herstellerin: A. G. Dackerverbrau München
Man hüte sich vor Nachahmungen!
Vertretung: Firma E. Kafz, Bierverlag
Babischer Hof, Calw, Württ.

Es ist nicht einerlei

welches Getränk Sie täglich
genießen. Es soll anregend,
wohlschmeckend, bekömmlich,
vor allem aber ohne nachhallige
Wirkung auf die Herzfähigkeit
sein. Alle diese Eigenschaften
besitzt der **Kornfrank**, dabei
ist er sehr billig - 100 Tassen aus
1/2 Pfund für 30 Pfg. - und
**gesund wie das
tägliche Brot**

Beachten Sie die Zubereitung:
1 Esslöffel voll mit 1 Liter Wasser
überbrühen, nicht kochen.

Seltene Gelegenheit

bietet sich Ihnen zum Einkauf fürs diesjährige Weihnachtsfest in meinem

Sonderangebot

von Spielwaren aller Art

in gutsortiertem Lager.
Preise größtenteils unter Fabrikpreis.
Christbaumschmuck
sehr billig
Gesellschaftsspiele
zu dem fabelhaften Preise von
3 Stück ab 1.- Mark

Ein unverbindlicher Besuch meiner **Spielwaren-Ausstellung** ist auch für Sie lohnend und befindet sich in 1. Stock über meinem Laden - Eingang Schulgasse.
H. Röhm, am Markt.

Hypotheken- Gelder

von 1000 Mk.
aufwärts gegen
Lund u. Recht
jederzeit

durch
Alber & Co. GmbH
Stuttgart
Schellingstr. 15
Fernsprecher 22149

WASCHMASCHINEN WRINGMASCHINEN

nur erstkl. Fabrik, empfiehlt
Fr. Herzog, beim Rößle, Calw
Ausführung v. Reparaturen

Plüsee Knopflöcher Hohlfäume

fertigen an
Gef. Stanger
Ob. Marktstr. 23.

Als
Optisches Fachgeschäft
für den Bezirk Calw empfiehlt sich

R. Zahn, Optikermeister

Lederstraße Nr. 162

Durch langjähr. Praxis u. moderne
Einrichtung bin ich in der Lage, allen
Anforderungen gerecht zu werden,
ich empfehle:

Brillen u. Klemmer jeder Art, Barometer
Feldstecher, Feiß-Gläser usw.
zu billigsten Preisen

Warum in die Großstadt zum Op-
tiker laufen, bei mir können Sie
Ihre Brille ebenso gut und noch
billiger kaufen

Buppenwagen

in modernsten Formen u. Farben sind eingetroffen.
Bei Bedarf bitte jetzt schon um Ihren Besuch.
Otto Weißer, Kronengasse.

Waldverkauf.

Verkaufe am Freitag, den 2. Dez. nachmittags
2 Uhr auf dem Rathaus in Emberg melnen auf
Markung Emberg gelegen

Wald

bei der kleinen Tur.
Der Wald ist gut bestockt und wird auf Wunsch von
Waldschütz Reppner vorgezeigt.

Ulrich Kentschler, Schorndorf.

Nerven wie Stahl

durch Kola Kakao *Tropenfreude*

Gebrauchsanweisung: In einer Tasse Kola-Kakao nimmt man einen gestrichenen
Teelöffel voll „Tropenfreude“. Sie wird mit etwas kaltem Wasser angerührt
und mindestens 5 Minuten gelocht, wodurch die Aufbaustoffe erschlossen werden.
Erst dann werden je nach Geschmack Milch und Zucker zugesetzt. Nach einigen
Augenblicken hat sich der Kolasatz abgesetzt und das nervenstärkende, stuhltre-
gerende Getränk ist gebrauchsfertig.

Frisch eingetroffen bei: G. Pfeiffer, Kolonialwaren, R. D. Singson, Kolonialwaren